



SEITE 2
Gastbeitrag von Michael Sommer

SEITE 3
Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion



SEITE 4 / 5
Im Interview: SPD-Fraktionsvize Florian Pronold

SEITE 6
Arbeitszeit:
Eine neue Balance zwischen
Arbeiten und Leben



SEITE 7
Gedenken an Otto Wels
Merkel will die Quote nicht

SEITE 8
Steuervermeidung
bekämpfen!

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 3/2013

Beschäftigte verdienen mehr!

SPD-Fraktion und Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung der Arbeit.

„Deutschland geht es gut“, betont Bundeskanzlerin Angela Merkel bei jeder Gelegenheit. Sie verweist dabei auf gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen.

Die Kanzlerin übersieht allerdings, dass es hierzulande längst nicht allen gut geht. Arbeit wird entwertet, die Löhne stagnieren, aus sicheren Jobs werden befristete Anstellungen. Fast ein Viertel der Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohnsektor.

Es droht ein gespaltenen Arbeitsmarkt: Auf der einen Seite suchen Unternehmen händeringend nach qualifizierten Fachkräften. Auf der anderen Seite sind zu viele Menschen in unsicherer Beschäftigung oder in der Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt. Anstatt sich um diese Menschen zu kümmern, streicht die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mittel bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Nur der Mindestlohn hilft

„Wir müssen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt schaffen, damit gute Arbeit in diesem Land die Regel wird“, fordert SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Die Zahlen geben ihm Recht: Im Jahr 2010 mussten insgesamt 331.000 Beschäftigte trotz Vollzeitarbeit ihren Lohn auf Hartz IV-Niveau aufstocken. Mehr als 53 Milliarden Euro hat es den Staat zwischen 2007 und 2011 gekostet, die Löhne von Geringverdienern aufzustocken. Das bedeutet: Der Steuerzahler subventioniert die Dumpinglöhne schlechter Arbeitgeber.

Klar ist: Um diese Entwicklung zu stoppen, brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde. Die Sozialdemokraten haben über den Bundesrat



Eine von vielen gemeinsamen Forderungen von Gewerkschaften und Sozialdemokraten: Der gesetzliche Mindestlohn.

eine entsprechende Initiative auf den Weg gebracht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung bleibt hingegen tatenlos. Angela Merkel erklärt Mindestlöhne sogar für wirtschaftsfeindlich und macht sie verantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit in den europäischen Nachbarstaaten. „Dabei ist es die auch von Ihr geforderte Politik des Kürzens und Sparens, die weite Teile Europas in die Rezession führt und Arbeitsplätze kostet“, erklärt Claus Matecki aus dem DGB-Bundesvorstand. Selbst eigene Studien des Arbeitsministeriums hätten längst gezeigt, dass Mindestlöhne keine Jobverluste verursachen – im Gegenteil: „Mindestlöhne verhindern Lohnarmut, erhöhen die Nachfrage und schaffen damit neue Jobs“, sagt Matecki.

Für die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme

ist die Einführung eines Mindestlohns eine Frage der Gerechtigkeit. Es sei schlicht nicht akzeptabel, wenn jemand trotz Vollzeitarbeit nicht genug zum Leben habe und seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken muss.

Faire Regeln am Arbeitsmarkt

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Arbeit darf nicht krank machen, und niemand darf trotz Arbeit arm

sein. Deshalb kämpfen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften für faire Regeln am Arbeitsmarkt. Ob Mindestlohn, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit oder der Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen – die SPD-Fraktion hat konkrete Lösungen in Form von Gesetzentwürfen vorgelegt. Sie warten darauf, in einer SPD-geführten Regierung umgesetzt zu werden. ■

Gesetzliche Mindestlöhne in Europa

- Luxemburg: 10,83 Euro
- Frankreich: 9,43 Euro
- Belgien: 9,10 Euro
- Niederlande: 9,01 Euro
- Irland: 8,65 Euro
- Großbritannien: 7,63 Euro
- Slowenien: 4,53 Euro
- Malta: 4,06 Euro
- Spanien: 3,91 Euro
- Griechenland: 3,35 Euro
- Portugal: 2,92 Euro
- Polen: 2,21 Euro
- Ungarn: 1,95 Euro
- Slowakei: 1,94 Euro

Achtung Schwarz-Gelb!

Angela Merkel hat endlich den Grund für die Krise in Europa ausgemacht: Aufgrund der Mindestlöhne hätten viele Länder in Europa eine viel höhere Arbeitslosigkeit als wir, sagt die Kanzlerin und meint das offenbar ernst.

Wir meinen: Es ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Alle empirischen Studien zeigen: Die Einführung eines Mindestlohns gefährdet keine Arbeitsplätze.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle hat den Ankauf einer Steuerdaten-CD durch das Land Rheinland-Pfalz scharf kritisiert und als „Hehlertum“ bezeichnet.

Wir meinen: Herr Brüderle weiß offenbar nicht, auf welcher Seite hier die Kriminellen stehen. „Der Kauf einer CD mit 40.000 Datensätzen über mutmaßliche Steuerbeträger ist ein richtiger Schritt“, sagt SPD-Fraktionsvize Joachim Poß.

Alles bleibt beim alten: die Frauenquote in Aufsichtsräten gibt's bei der CDU frühestens ab 2020. Ein paar Pressestimmen:

„Wer eine gesetzlich verpflichtende Quote ab 2020 für notwendig hält, kann kaum argumentieren, weshalb diese im Jahr 2013 noch nicht gebraucht wird“ (tagesschau.de)

„Weil sich die Chefin mal wieder nicht festgelegt hat, stehen am Ende alle Beteiligten blamiert in der Arena herum“ (Tagesspiegel)

„Denn was hier als Kompromiss verkauft wurde, ist in Wahrheit eine Niederlage für alle Unionsfrauen“ (taz)

Deutschland auf einem gutem Weg? Mitnichten!

Für Michael Sommer ist in Deutschland längst nicht alles in Ordnung. In seinem Gastbeitrag fordert er eine neue Ordnung der Arbeit.

Es ist derzeit viel von Oasen die Rede. Von Steueroasen, in denen schamlose Raffkes ihr Geld vor dem Fiskus verstecken. Und von Deutschland als Oase des Wohlstands und Wachstums inmitten eines krisengeschüttelten Kontinents. Regierung, Wirtschaft und geneigte Medien berauschen sich am „Modell Deutschland“, aus dem Ausland pilgern Politiker, Journalisten und Ökonomen in ein Land, das scheinbar allen Kriseneinbrüchen trotzt.

Also alles in Ordnung, Deutschland auf gutem Weg, die Richtung stimmt? Mitnichten!

Denn was die neuen Deutschland-Fans, die das Land vor einigen Jahren noch in Grund und Boden geredet haben, nicht sehen oder sehen wollen, das ist die Schattenwelt hinter der glitzernden Fassade des prosperierenden Deutschlands. Die Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können und mit Hartz IV aufstocken müssen. Die hart arbeitenden Frauen und Männer, die sich mit Leiharbeit, Minijobs oder als unfreiwillige Solo-Selbständige über Wasser halten und nie das sichere Ufer einer gut bezahlten Festanstellung erreichen. Die heute arm sind trotz Arbeit und die auch im Alter arm sein werden, weil sie keinen Cent übrig haben, fürs Alter vorzusorgen. Sie sind die Opfer einer Deregulierungswelle, die vor rund 30 Jahren in den angelsächsischen Ländern ihren Anfang nahm und bis heute nicht ver-



„Arbeit muss wieder ihren Wert haben“, schreibt DGB-Chef Michael Sommer.

ebbt ist. Diese Deregulierungswelle muss endgültig gestoppt werden. Für den DGB und die Gewerkschaften ist deshalb die Schaffung einer neuen Ordnung der Arbeit eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung.

Wert der Arbeit

Arbeit muss wieder ihren Wert haben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen durch klare Regeln vor Lohndumping und Ausbeutung geschützt werden. Dazu gehören unter anderem der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Stärkung von Tarifbindung und betrieblicher Mitbe-

stimmung. Die Arbeit von Menschen darf nicht mehr bestimmt werden durch die Mechanismen zügelloser Märkte oder die Profitinteressen maßloser Arbeitgeber. Sie muss wieder von den arbeitenden Menschen her gedacht und in ihrem Sinne reguliert werden. Das Motto des DGB zum diesjährigen 1. Mai lautet „Unser Tag – Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa.“ Wir haben diese drei Themen ganz bewusst zusammengeführt. Eine neue Ordnung der Arbeit ist die zwingende Voraussetzung für sichere Renten und ein soziales Europa. Denn ohne gute, gerecht bezahlte Arbeit gibt es keine sicheren Renten. Und ohne ein sozialeres Deutschland gibt es kein soziales Europa. ■

SPD-Fraktion trauert um Ottmar Schreiner



Am 6. April ist Ottmar Schreiner nach langem Krebsleiden in seiner saarländischen Heimat gestorben. Mit Trauer und Bestürzung haben die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion den Tod ihres langjährigen Freundes, Kollegen und Weggefährten aufgenommen. „Ottmar Schreiner war ein aufrechter Sozialdemokrat, der mit Geduld, Zähigkeit, messerscharfem Verstand, großem Herz und vor allem mit nie nachlassender Leidenschaft für Gerechtigkeit und sozialdemokratische Werte gestritten hat. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke in der sozialdemokrati-

schen Familie,“ erklärte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Ottmar Schreiner war seit 1980 Mitglied des Bundestages. Von 2000 bis 2012 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD. Von 1998 bis 1999 war Schreiner Bundesgeschäftsführer der SPD und zudem zwischen 1997 und 1998 auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Die SPD hat einen engagierten und großen Kämpfer für Arbeitnehmerrechte verloren“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. ■

„Das Herz der deutschen Wirtschaft stärken“

Mit ihrem zweiten Wirtschaftsempfang macht die SPD-Fraktion deutlich: Sie ist der Partner von Realwirtschaft und Mittelstand.

Wie bedeutend eine Abendveranstaltung im politischen Berlin ist, lässt sich in den Regel an der Anzahl der Gäste ablesen. Insofern konnte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zufrieden sein. Mehr als 700 Gäste waren zum zweiten Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion ins Reichstagsgebäude gekommen. Sie allein rechtfertigten den Empfang, sagte Steinmeier zur Begrüßung. Aber auch inhaltlich gab es ein Thema: die Mittelstandsoffensive der SPD-Bundestagsfraktion. Der Mittelstand sei das Herz der deutschen Wirtschaft, sagte Steinmeier. Während die Regierung im Chaos versinke, etwa bei der Energiewende, präsentiere die SPD Konzepte, um den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. „Wir sind entscheidungsfreudig, und das ist es, was die Wirtschaft möchte.“

Problem Fachkräftesicherung

Schon am Nachmittag vor dem Empfang hatte die SPD-Fraktion ihr Positionspapier „Unternehmen Zukunft – Politik für einen starken Mittelstand“ vorgestellt, in dem sie ihre Vorstellungen einer modernen Mittelstandspolitik darlegt. Die größte Herausforderung für die nächsten Jahre sehen die



Politik für die Realwirtschaft: Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier mit dem Ehrenpräsidenten des Arbeitgeberverbandes Metall, Martin Kannegiesser (mitte).

Sozialdemokraten in der Fachkräftesicherung. „Das Erwerbstätigenpotenzial geht zurück“, sagte Fraktionsvize Hubertus Heil. Daher komme es nun darauf an das vorhandene Potenzial zu stärken, indem etwa die duale Ausbildung gefördert und das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werde. Dazu gehöre auch eine „maßvolle Akquise von Fachkräften aus dem Ausland.“

Als zweite Herausforderung nannte Heil den technischen Fortschritt. Hier müssten Unternehmen mit „aktiver Mittelstandspolitik“ gestärkt werden,

dazu gehöre eine funktionierende, moderne Infrastruktur.

Rückkehr zur Realwirtschaft

Hubertus Heil machte klar: Die SPD-Fraktion will „Partner der Realwirtschaft“ sein und nicht der virtuellen Wirtschaft an den Börsen und Finanzplätzen. Dazu gehöre auch, endlich für das Vorankommen der Energiewende zu sorgen – ein Thema, das der Wirtschaft unter den Nägeln brenne. „Wir wollen bezahlbaren Strom und eine planbare Energiewende.“ ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Mai feiern wir den Tag der Arbeit. Für die SPD standen in ihrer 150-jährigen Geschichte Gerechtigkeit und Solidarität immer im Mittelpunkt. Wir kämpfen seit jeher für gerechte Löhne und gute Arbeit. Denn wir sind sicher, dass nur so der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf Dauer bestehen kann. Prekäre Beschäftigung darf deswegen kein Dauerzustand sein und dem Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit muss Einhalt geboten werden. Der flächendeckende Mindestlohn muss kommen, damit Menschen von ihrer Vollzeitarbeit angemessen leben können.

Gerechtigkeit und Solidarität muss es aber auch beim Thema Steuern geben. Steuerhinterziehung ist nicht nur eine Straftat, es ist auch eine Verletzung der Solidarität innerhalb dieser Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass für diejenigen, die jeden Tag schwer arbeiten gehen und ordentlich Steuern zahlen andere Maßstäbe gelten, als für diejenigen, die am Fiskus vorbei ihr Vermögen vergrößern. Steuerhinterziehung ist Betrug, es ist unsozial und eine Straftat. Weil wir eben nicht wollen, dass manche meinen gleicher sein zu können als andere, haben wir so intensiv gegen das Deutsch-Schweizer-Steuerabkommen gekämpft. Denn wir wollen Ungerechtigkeiten im Steuersystem und Steuerhinterziehung weltweit ächten und beseitigen.

Union und FDP unter einer Bundeskanzlerin Merkel haben bis zuletzt für das Deutsch-Schweizer-Steuerabkommen gekämpft. Die aktuelle Debatte zeigt, warum es gut war, dass wir es verhindert haben. Jetzt ist eine systematische Lösung notwendig, die echte Steuergerechtigkeit befördert. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten das. Zu Recht. ■

Planspiel: 140 Jugendliche lernen Politik



Der politische Nachwuchs mit Petra Ernstberger und Frank-Walter Steinmeier.

Learning by Doing – dieses Prinzip funktioniert auch in der Politik.

Das beweist das Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion. Nach der erfolgreichen Premiere 2012 kamen jetzt zum zweiten Mal 140 Jugendliche

zwischen 16 und 20 Jahren für vier Tage nach Berlin. Gemeinsam sind sie in die Rolle der Abgeordneten geschlüpft und haben die Arbeit einer Fraktion simuliert. Es waren vier intensive Tage für die Jugendlichen. Nach ihrer Ankunft

haben sie sich als Fraktion konstituiert, den Fraktionsvorsitz gewählt und sich in Arbeitsgruppen aufgeteilt – so wie die „richtige“ SPD-Fraktion. Die Arbeitsgruppen haben sich beraten, Forderungen und Gesetzanträge formuliert und diese mit den echten Abgeordneten der SPD-Fraktion diskutiert. „Mit dem Planspiel Zukunftsdialog möchte die SPD im Bundestag junge Menschen für Politik begeistern und eine neue Form des Dialogs zwischen Jugendlichen und Abgeordneten etablieren“, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Petra Ernstberger. In diesem Jahr hat zudem erstmals ein fünfköpfiges Redaktionsteam von jungen Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten das Planspiel begleitet und nach Abschluss eine Zeitung herausgebracht. ■



Für Florian Pronold ist der 1. Mai als Kampftag für Arbeitnehmerrechte heute so aktuell wie früher.

»Schwarz-Gelb hat über die Jahre viel versprochen und gar nichts gehalten«

Es mache sehr wohl einen Unterschied, wen man wählt, sagt Florian Pronold. Der SPD-Fraktionsvize spricht im Interview über die Bedeutung des 1. Mai als Kampftag und erklärt, warum auch Infrastruktur ein sozialdemokratisches Thema ist.

Was machst Du am 1. Mai?

Ich gehe wie immer zu meiner örtlichen 1. Mai-Kundgebung, anschließend bin ich auf einer Traditionsveranstaltung der SPD im Landkreis Regensburg und abends feier ich mit meiner Freundin ihren Geburtstag.

Laut schwarz-gelber Bundesregierung geht es Deutschland so gut wie nie zuvor. Wie wichtig ist der 1. Mai heute überhaupt noch?

Manchmal werde ich gefragt, warum man am „Tag der Arbeit“ überhaupt „frei“ hat. Es ist ein Feiertag, weil er an alle erinnert, die seit dem 19. Jahrhun-

„Der 1. Mai ist als Kampftag immer noch aktuell“

dert für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Sie stehen jeden Tag auf, arbeiten 40 Stunden die Woche und müssen trotzdem aufs Amt gehen und sich ihre Stütze abholen. Das ist ein Skandal! Deshalb ist der Kampftag

immer noch aktuell. Es geht um mehr als um einen Mindestlohn. Ziel ist es, Befristungen abzuschaffen, Leiharbeit zurückzudrängen und dafür Sorge zu tragen, dass bei öffentlichen Aufträgen keine Hungerlöhne mehr gezahlt werden.

Welche Rolle spielt dabei die Politik?

Viele Menschen glauben, dass es egal ist, ob man wählt und dass es keinen Unterschied macht, wer regiert. In allen Ländern, in denen die SPD an der Regierung ist, werden bei öffentlichen Aufträgen anständige Löhne bezahlt. Die öffentliche Hand lässt dort keine

Hungerlöhne mehr zu. Dort aber, wo Schwarz-Gelb regiert, wie zum Beispiel in Bayern oder Hessen, ist nichts passiert und Lohndumping bleibt möglich. Deshalb macht es sehr wohl einen Unterschied, wen man wählt. Wer will, dass anständige Arbeit auch anständig bezahlt wird, muss sein Kreuz bei der SPD machen.

„Dort, wo Schwarz-Gelb regiert, bleibt Lohndumping möglich“

Was wird die SPD noch tun, wenn die Wähler ihr Kreuz bei ihr machen?

Wir brauchen für alle eine feste untere Lohngrenze, das ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Dann geht es darum, dass wir Arbeitnehmern und deren Familien eine Zukunftsperspektive schaffen. In Sonntagsreden heißt es immer, man soll eine Familie gründen, Kinder in die Welt setzen und ein Haus bauen. Aber wenn man nur in befristeten Arbeitsverhältnissen ist, hat man diese Chance gar nicht. Deswegen ist das kein Thema für Sonntagsreden. Wir müssen von Montag bis Samstag dafür sorgen, dass Menschen wieder in dauerhafte und sichere Arbeitsverhältnisse kommen.

Wie macht man das?

Indem man die Möglichkeiten der Befristung einschränkt, indem man Leiharbeit wieder darauf zurückführt, wofür sie ursprünglich gedacht war. Leiharbeit soll Auftragsspitzen ausgleichen und nicht dauerhaft gute Arbeitsplätze ersetzen.

Für Angela Merkel ist auch der Mindestlohn Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit in den europäischen Krisenländern. Ist ein Mindestlohn wirtschaftsfeindlich?

„Leiharbeit soll Auftragsspitzen ausgleichen und nicht dauerhaft gute Arbeitsplätze ersetzen“

Diese Aussage ist zynisch und ein Schlag ins Gesicht von Millionen Menschen, die hart arbeiten und mit gerade mal 8,50 Euro pro Stunde auskommen müssen. Ich würde mir wünschen, dass Angela Merkel mal vormacht, wie man von monatlich 1472 Euro brutto vernünftig leben und eine Familie ernähren soll.

Es ist aber auch ökonomisch Quatsch. Die Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit in Europa liegt in der Finanzmarktkrise und in den Finanzspekulationen. Angela Merkel hat sich über Jahre hinweg geweigert, dagegen etwas zu tun. Am Ende zahlen immer die kleinen Leute die Zeche.

Ich verweise auf Henry Ford, der gesagt hat: „Autos kaufen keine Autos.“ Wenn Menschen kein Geld im Geldbeutel haben, geben sie nichts aus. Dann geht die Wirtschaft zurück und die Arbeits-

„Angela Merkel soll mal vormachen, wie man von monatlich 1472 Euro brutto eine Familie ernährt“

losigkeit steigt. Höhere und bessere Löhne bedeuten: Die Menschen kaufen mehr, die Wirtschaft wächst und der Aufschwung kommt bei allen an.

Trotzdem steht Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarn gut da. Woran liegt das?

Der Grund dafür ist, dass in der Finanzkrise sozialdemokratische Minister dafür gesorgt haben, dass Arbeitnehmer nicht auf der Straße landen, dies unter anderem mit einem Konjunkturprogramm, mit der Abwrackprämie und einer Kurzarbeitergeldregelung. Das wir heute so gut dastehen, ist Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, Olaf Scholz sowie Wolfgang Tiefensee zu verdanken.

Trotzdem müssen wir uns Sorgen machen, dass Europa nicht dauerhaft den Anschluss an den Rest der Welt verliert.

Wie wichtig ist der Industriesektor für die deutsche Wirtschaft?

Wir sind ein starker, moderner Industriestaat. Gut ist es, dass Deutschland nicht wie zum Beispiel England auf die Finanzwirtschaft gesetzt hat. Die Industrie ist immer noch unser Motor zur Erhaltung der Arbeitsplätze und des Wohlstands. Wenn wir diesen Industriestandort erhalten wollen, müssen wir sein Rückgrat stärken, nämlich die Infrastruktur für Verkehr, Strom und Telekommunikation.

„Die Infrastruktur geht seit Jahren vor die Hunde“

Wo siehst du beim Thema Infrastruktur die größten Herausforderungen?

Die SPD-Fraktion hat bald eine Veranstaltung zum Thema Infrastrukturkonsens in Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es zum Beispiel einen großen Betrieb, der Güter herstellt, die als Schwertransport zum nächsten Hafen transportiert werden müssen. Vor zehn Jahren mussten die Laster dafür 30 Kilometer zurücklegen. Heute müssen sie bis zum selben Hafen 120 Kilometer fahren. Warum? Weil die Autobahn-Brücken in NRW so marode sind, dass diese Schwertransporter nicht mehr darüber fahren dürfen.

Die Infrastruktur geht seit Jahren vor die Hunde. Wir haben hunderte von Autobahnbrücken in ganz Deutschland, die bald nicht mehr befahrbar sind.

Oder beim Thema Internet: Wenn man im ländlichen Raum den Mittelstand unterstützen will, braucht man nicht nur einen schnellen Autobahnanschluss, sondern auch einen schnellen Datenautobahnanschluss. Da hat Schwarz-Gelb über Jahre hinweg viel versprochen und gar nichts gehalten.

Die Kassen der Städte und Gemeinden sind leer. Wo sollen die nötigen Investitionen herkommen?

Wir wollen aus dem Bundeshaushalt insgesamt mehr Geld für Infrastruktur ausgeben. Mittlerweile haben alle – selbst die schwarz-gelbe Regierung –

verstanden, dass Investitionen in Bildung und Forschung zentral für die Zukunft sind. Wir brauchen den Dreiklang FBI – Forschung, Bildung und Infrastruktur. Ohne Infrastruktur werden wir auf Dauer die Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Deutschland nicht halten können.

Deswegen gehen wir zwei Wege: Wir erhöhen den Anteil der öffentlichen Mittel für Infrastruktur und gleichzeitig ziehen wir diejenigen heran, die am stärksten die Straßeninfrastruktur belasten, das sind die großen LKWs. Daher wollen wir die LKW-Maut ausweiten und auf das ganze Straßennetz ausdehnen.

Ist es heute insgesamt schwieriger, große Infrastrukturprojekte durchzusetzen?

Es gibt schon eine weit verbreitete Neigung, eine gute Infrastruktur haben zu wollen, aber bitte nicht vor der eigenen Haustür. Die Notwendigkeit von guter Infrastruktur, ob jetzt bei Flughäfen, Bahnen oder Straßen wird von allen geteilt, nur nicht vorm eigenen Gartenzaun. Infrastruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und bedeutet Lebensqualität für uns alle. Aber sie ist auch belastend für die Anwohner. Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion vor drei Jahren ihr Projekt „Infrastrukturkonsens“ gestartet. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens

„Wir wollen, dass Infrastruktur wieder anders akzeptiert wird und nicht nur als Belastung wahrgenommen wird“

schaffen. Wir wollen, dass Infrastruktur wieder anders akzeptiert wird und nicht nur als Belastung wahrgenommen wird. Das geht nur, wenn man Bürgerinnen und Bürger am „Ob und Wie“ beteiligt und im Gegenzug die Verfahren kürzer macht. Es darf nicht 15 Jahre dauern bis nach dem Planfeststellungsbeschluss die Bagger rollen.

„Die Bekämpfung von Lärm ist auch ein sozialpolitisches Thema und eine Frage der Gerechtigkeit“

Trotzdem wird es immer Leute geben, die unter einer neuen Schnellstraße, einer neuen Flugroute oder einer Bahntrasse zu leiden haben.

Deshalb müssen wir die Belastungen reduzieren, zum Beispiel beim Lärm. Dieser muss spürbar reduziert werden. Für uns Sozialdemokraten ist das besonders wichtig. Denn diejenigen, die bei Straßenverkehrslärm an den betroffenen Stellen wohnen, sind die Menschen, die es sich nicht leisten können wegzuziehen. Das wirkt sich zum Beispiel wieder negativ auf die Bildungschancen der Kinder aus, weil sie einen schlechteren Schlaf haben. Daher ist auch die Bekämpfung von Lärm ein sozialpolitisches Thema und eine Frage der Gerechtigkeit. ■

Zur Person

Florian Pronold (40) ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2009 Landesvorsitzender der SPD in Bayern. Er ist seit 2002 Mitglied des Bundestages. Als Fraktionsvize ist der Rechtsanwalt vor allem zuständig für die Themen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Forschung.



„Infrastruktur ist Rückgrat für Wirtschaft und Lebensqualität“, sagt Florian Pronold.

Meldungen

Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft

Viele Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft haben Laufzeiten von unter einem Jahr. Deshalb will die SPD-Fraktion Mindestlaufzeiten für befristete Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft schaffen. Während der Promotion soll eine Betreuungsvereinbarung sicher stellen, dass das Qualifizierungsziel erreicht wird. Nach der Promotion dürfen Verträge nur in begründeten Fällen weniger als 24 Monate laufen. Elternzeiten, Betreuungs- und Pflegezeiten können nicht auf Befristungsgrenzen angerechnet werden. „Wissenschaft als Beruf muss attraktiv sein. Wir dürfen insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht durch schlechte Arbeitsbedingungen und Perspektiven abschrecken“, sagt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Swen Schulz. ■

Sozialer Arbeitsmarkt

Über eine Million Menschen sind in Deutschland seit langem arbeitslos und warten auf ihre Chance, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Doch statt diese Menschen zu unterstützen und für den Arbeitsmarkt fit zu machen, streicht Arbeitsministerin Ursula von der Leyen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Damit zementiert die schwarz-gelbe Bundesregierung die Spaltungen am Arbeitsmarkt, statt sie zu überwinden. Die SPD-Fraktion fordert deshalb die Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes. „Wir stehen für eine Kultur der zweiten Chance, deshalb brauchen wir für Menschen, die ganz am Rand stehen, auch eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik, die ihnen neue Chancen eröffnet“, sagt die stellvertretende sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. Das Konzept der SPD-Fraktion sieht eine dauerhafte Finanzierung öffentlich-geförderter Beschäftigung über den Passiv-Aktiv-Transfer vor. Statt Langzeitarbeitslose zu alimentieren, fasst man alle Leistungen, die für sie gezahlt werden, zusammen und schafft so eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. ■

Eine neue Balance zwischen Leben und Arbeiten

Die SPD-Fraktion will per Gesetz dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit einfacher an ihr Leben anpassen können.

Jeder fünfte Erwerbstätige arbeitet in Teilzeit. Viele Menschen können so Familie und Beruf besser vereinbaren. Das Problem dabei: Viele Teilzeitbeschäftigte können oft nur schwer in Vollzeitarbeit zurückkehren, wenn sich ihre Lebenssituation geändert hat. Vor allem junge Mütter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mehr Zeit für die Pflege ihrer Familienangehörigen benötigen, sind in der „Teilzeitfalle“ gefangen.

Raus aus der Teilzeitfalle

Mit einem Antrag fordert die SPD-Fraktion eine gesetzliche Regelung, mit der die Verringerung der Arbeitszeit zeitlich begrenzt werden kann. Viele private Verpflichtungen binden die Menschen nicht ihr ganzes Leben, aber zu viele stecken in der „Teilzeitfalle“. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass jeder die Möglichkeit haben soll, in die befristete Arbeitszeitreduzierung zu wechseln. Die Beschäftigten müssen aber auch einen Rückkehran-



Bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Politik in der Pflicht.

spruch zur Vollzeit haben. Arbeitgeber könnten demnach nur aus dringenden betrieblichen Gründen eine Verringerung der Arbeitszeit verweigern. „Wir wollen Millionen von Teilzeitbeschäftigten helfen, ihre Arbeitszeit

stärker an ihre Wünsche anzupassen. Sowohl das Reduzieren von Stunden als auch das spätere Aufstocken der Arbeitszeit sollen leichter werden“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme. ■

Frauen verdienen mehr

Der Equal-Pay-Day am 21. März markiert den Tag, an dem Frauen im Durchschnitt endlich die gleiche Summe verdient haben, wie ihre männlichen Kollegen bis zum 31. 12. des Vorjahres.

64 Jahre nachdem die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz festgeschrieben wurde, werden Frauen immer noch benachteiligt. Sie verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Zudem schaffen es auch gut ausgebildete Frauen nur selten an die Spitze von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Wissenschaft. Die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen sei auch 2012 nicht kleiner geworden, sagt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks. „Sie wird solange nicht verschwinden, solange keine gesetzlichen Regelungen erfolgen. Frauen haben ein Anrecht darauf, dass endlich Gerechtigkeit hergestellt wird“, sagt Marks. Klar ist: Viele Frauen und Männer wollen heute beides: Familie und einen guten Job, mit dem sie auf eigenen Beinen stehen können. Dafür brauchen sie Un-



Anhand der Figur Elli zeigt die SPD-Fraktion, wie ihre Gleichstellungspolitik wirkt und dass sich nichts bessert, wenn sich weiter schwarz-gelbe Politik in unserem Land durchsetzt. Mehr unter:

www.spdfraktion.de/elli-verdient-mehr

terstützung bei der Kinderbetreuung, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit, eine gerechte Besteuerung und gleiche Löhne bei gleicher Arbeit. Dazu hat die SPD-Fraktion den Aktionsplan Gleichstellung vorgelegt. „Nicht die Ausweitung der Minijobs, wie von dieser Bundesregierung vorgenommen, sondern ihre Eindämmung muss erfolgen“, sagt Caren Marks. Die Absicherung der Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau durch das Ehegattensplitting müsse beendet werden. Und Frauen müssten gleiche Aufstiegschancen erhalten. ■

Mehr Chancen für Behinderte

Immer mehr schwerbehinderte Menschen werden in die Langzeitarbeitslosigkeit gedrängt.

Derzeit müssen Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen, die nicht mindestens fünf Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigen, eine Ausgleichsabgabe zahlen. Dennoch erfüllt fast ein Drittel der Unternehmen die gesetzliche Beschäftigungspflicht für Behinderte nur unzureichend.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen. Je geringer die Beschäftigungsquote, desto höher soll die Abgabe sein. Die Erträge der Ausgleichsabgabe sollen für die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt verwandt werden. Verstöße müssten konsequent verfolgt werden.

„Die SPD will den Betroffenen faire Chancen auf Arbeit einräumen. Wir wollen die Ausgleichsabgabe neu organisieren und die Eingliederungshilfe wirksam umgestalten“, sagt die Behindertenbeauftragte der SPD-Fraktion Silvia Schmidt. ■

Meldungen

Säumniszuschläge begrenzen

Krankenkassen können Säumniszuschläge von fünf Prozent im Monat für freiwillig Versicherte und bisher nicht Versicherte erheben, wenn diese ihnen Beiträge schulden. Dies schadet den Versicherten und langfristig auch den Krankenkassen. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, den Säumniszuschlag für alle Beitragsschulden auf ein Prozent pro Monat zu senken. Die rückwirkende Beitragspflicht für Nichtversicherte wollen die Sozialdemokraten begrenzen. Dabei soll die selbe Regelung für die gesetzliche und die private Krankenversicherung gelten. Eine Krankenversicherung könne nur gekündigt werden, wenn die Versicherung bei einem neuen Versicherer nachgewiesen wird. ■

Gegen den Stress

Mit dem Wandel der Arbeitswelt wachsen die physischen und psychischen Belastungen. Wer dauerhaft unter Druck und Stress leidet, droht psychosomatisch oder psychisch zu erkranken. So tragen psychische Störungen häufig zu langer Arbeitsunfähigkeit bei und sind die Haupterkrankungsursache für Frühverrentungen. Die schwarz-gelbe Regierung setzt sich nicht dafür ein, dass die gesetzlichen Vorschriften des Arbeitsschutzes eingehalten werden. „Es reicht nicht aus, dass Arbeitsministerin von der Leyen nur Betroffenheit heuchelt und eine Konferenz organisiert. Damit ist keinem Betroffenen geholfen“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. Mit ihrem Antrag „Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten erhalten – Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“ hat die SPD-Fraktion einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um den Arbeitsschutz zu verbessern. „Wir fordern die Bundesregierung auf, eine umfassende Strategie zum Schutz vor arbeitsbedingten Gefährdungen zu erarbeiten und für die Durchsetzung der bestehenden Gesetze zu sorgen“, sagt Anette Kramme. ■



Mit ihren Ideen bewarben sich dutzende Jugendliche um den Otto-Wels-Preis. Frank-Walter Steinmeier, die Moderatorin Mo Asumang und Peer Steinbrück waren begeistert.



Otto-Wels-Preis: glückliche Preisträger.



Wolfgang Thierse im Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler.

Gedenken an Otto Wels

Die SPD-Bundestagsfraktion hat an die berühmte Rede gegen das Ermächtigungsgesetz erinnert und den Otto-Wels-Preis verliehen.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“

Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion Otto Wels vor 80 Jahren das Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit einer Veranstaltung an seine Rede erinnert. Dafür kamen hunderte Gäste ins Reichstagsgebäude, darunter auch Nachfahren von Otto Wels.

Es sei eine Rede, die die Zeit überdauert habe, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Im Angesicht der drohenden Verfolgung sei Wels ans Rednerpult getreten, um die letzte frei-

heitlich-parlamentarische Rede vor der Nazi-Herrschaft zu halten.

Der Schauspieler Ulrich Matthes rezierte aus der Rede von Otto Wels. Wie es dazu kommen konnte, dass die Weimarer Republik zugrunde ging, stellte der Historiker Heinrich August Winkler in einer Rede dar. „Durch ihr Nein zum Ermächtigungsgesetz retteten die Sozialdemokraten nicht nur ihre eigene Ehre, sondern auch die Ehre der ersten deutschen Republik“, sagte Winkler.

Am Abend verlieh die SPD-Fraktion zudem zum ersten Mal den Otto-Wels-Preis für Demokratie. In einem Kreativwettbewerb hatten sich zuvor junge

Menschen mit den Themen Toleranz und Demokratie auseinandergesetzt. Den ersten Platz belegten die Schülerinnen Lara Ernemann, Larissa Seruneit und Marisa Lippe aus Mühlheim an der Ruhr. Sie haben mit dem Spiel „Demopoly“ teilgenommen, bei dem die Spieler ihr Wissen um den Widerstand im dritten Reich unter Beweis stellen müssen.

Peer Steinbrück verwies darauf, dass Sozialdemokraten wie Wels uns alle mahnen sollten, uns des Wertes unserer privilegierten, weil freiheitlichen Situation in Deutschland bewusst zu sein. ■

Quote: „Merkel blockiert unser Land“

Die Regierungsfractionen von FDP und CDU/CSU haben im Bundestag die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote verhindert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte in einem Gesetzentwurf ab 2015 einen Anteil von 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen gefordert. Ein SPD-Gesetzentwurf aus dem Bundesrat sah sogar längere Fristen vor. Schwarz-Gelb hat beide Entwürfe abgelehnt. Dabei ist die Quotenfrage im Vorfeld der Abstimmung auch in der Fraktion von CDU/CSU intensiv diskutiert worden. Viele Unionsfrauen hätten zumindest dem Länder-Antrag gerne zugestimmt, der schon im Bundesrat von einer breiten Mehrheit unterstützt wurde. Am Ende aber haben sich Angela Merkel und die zuständige Ministerin Christina Schröder durchgesetzt. „Das Abstimmungsverhalten der Union

ist ein klares Votum gegen eine gesetzliche Quote“, macht Fraktionschef Steinmeier klar. Der „Flexiquotenquatsch“ werde damit weiterhin Realität bleiben.

Fauler Kompromiss

Denn die Führung der Union hat mit den Quotenbefürwortern einen Scheinkompromiss ausgehandelt. Das Ergebnis: Es bleibt erstmal alles so, wie es ist. Ab dem Jahr 2020 will die Union dann eine Forderung nach einer gesetzlichen Quote von 30 Prozent in Aufsichtsräten in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Für Steinmeier ein Widerspruch, denn gleichzeitig lege sich die Union mit der FDP auf einen Koalitionspartner fest, der die Quote auf keinen Fall will. Fest steht: Bisherige Selbstverpflichtungen der Unternehmen haben nicht zu nennenswerten Veränderungen geführt. Auch heute sitzen beispielsweise in den Vorständen der 200 größten Un-

ternehmen nur vier Prozent Frauen. Dabei gibt es in Deutschland nicht nur eine breite gesellschaftliche Mehrheit für die Einführung einer Frauenquote, sondern auch eine politische Mehrheit im Bundesrat. Angela Merkel reagiert darauf mit unverbindlichen Absichtserklärungen.

Das Ganze sei ein durchschaubares Wahlkampfmanöver, sagt Christel Humme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik in der SPD-Fraktion. „Einerseits die fortschrittlichen Unions-Frauen besänftigen und damit eine Koalitionskrise abwenden. Andererseits der konservativen Klientel nicht weh tun.“

Die SPD werde es nicht zulassen, dass dieses Ergebnis schöngeredet werde, sagt Fraktionschef Steinmeier. Für ihn ist klar: „Die Regierung Merkel und die Koalitionsfraktionen blockieren unser Land.“ ■

Vorgestellt



Astrid Klug

Mit Astrid Klug ist eine „alte“ Bekannte zurück in die Reihen der SPD-Bundestagsfraktion gekehrt. Durch den Tod des langjährigen Abgeordneten Ottmar Schreiner ist die Saarbrücker Politikerin als neues Mitglied der SPD-Fraktion nachgerückt. Sie war von November 2009 bis Juni 2012 Bundesgeschäftsführerin der SPD. Zuvor gehörte sie für zwei Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag an. Nun will sie „vor allem Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sein und David Lindemann als SPD-Direktkandidat im Wahlkreis 299 und die saarländische SPD nach besten Kräften im Wahlkampf unterstützen“. ■



Siegmund Ehrmann

Die Kultur liegt Siegmund Ehrmann (61) am Herzen, nicht nur in der Politik. Privat schätzt er besonders Schauspiel, Literatur und improvisierte Musik. Beruflich beschäftigt er sich als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion mit jeglicher Form von Kultur- und Medienpolitik. Dabei kommt ihm zugute, dass er vor seiner Abgeordnetentätigkeit als Kulturdezernent in seiner Heimatstadt Moers gearbeitet hat. Im Parlament sitzt Siegmund Ehrmann seit 2002. Ebenso lange gehört er dem Ausschuss für Kultur- und Medienpolitik an. Er ist stets mit dem Direktmandat des Wahlkreises Krefeld II – Wesel II in den Bundestag gewählt worden. ■

»Steuerhinterziehung ist eine Verletzung der Solidarität«

Die SPD-Fraktion fordert ein härteres Vorgehen gegen Steuerflüchtlinge.

// Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Der Fall Uli Hoeneß aber zeigt, dass sie in bestimmten Kreisen immer mehr zur Normalität wird. //

Der Fall Uli Hoeneß zeigt: Es ist etwas aus dem Lot geraten in unserer Gesellschaft. Der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen müssen als Schwache, gilt nicht mehr. Es sind vor allem reiche Millionäre wie Uli Hoeneß, die ihren Beitrag am Gemeinwesen offenbar nicht mehr leisten wollen. Sie verstecken ihr Geld lieber im Ausland. Die einfachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen hingegen jeden Monat brav ihre Steuern.

„Steuerhinterziehung ist Betrug, es ist eine Verletzung der Solidarität“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier.

Steuern zu zahlen, das bedeutet, sich zu beteiligen am Gemeinwesen, an der Finanzierung von Schulen, Straßen und Krankenhäusern. Steuerhinterziehung aber untergräbt das moralische Fundament der Gesellschaft.

Klar ist: Gegen diese kriminellen Handlungen muss der Staat mit aller Macht vorgehen. „Um gegen Steuerbetrug vorzugehen braucht man Mut, Engagement, und man muss öffentlich dafür eintreten“, sagt Steinmeier.

Auch deshalb haben die Sozialdemokraten das von Schwarz-Gelb ausgehandelte Steuerabkommen im Bundesrat verhindert. Ein Fall wie der von Uli Hoeneß wäre zum Beispiel mit dem Abkommen nie publik geworden.

Mit dem Abkommen hätten Steuerhinterzieher ihr Schwarzgeld in der Schweiz zugunsten des deutschen Fiskus zehn Jahre rückwirkend versteuern können. Die Steuerflüchtlinge wären dabei nicht nur straffrei, sondern auch anonym geblieben. „Das von Herrn Schäuble ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz hatte vor allem das Ziel, „alte“ Steuerhinterzieher im Dunkeln der Anonymität zu lassen, sagt Fraktionsvize Joachim Poß. Die SPD-Fraktion sperre sich nicht gegen ein Abkommen, betont Poß. „Das wollen auch wir – aber dann bitte eine Lösung, die Steuerhinterziehung auch wirklich verhindert und Steuergerechtigkeit befördert und nicht verhöhnt.“



Während reiche Millionäre ihr Geld ins Ausland schaffen, macht der Normalbürger brav seine Steuererklärung.

In einem Acht-Punkte-Papier hat Peer Steinbrück zuletzt konkrete Vorschläge zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten im Steuersystem und zum Ende von Steuerschlupflöchern gemacht.

Steuerflucht verhindern

Aber nicht nur durch Steuerhinterziehungen gehen dem Staat jedes Jahr Milliarden verloren. Auch die Steuer- und Vermeidung internationaler Konzerne ist ein großes Problem. Internationale Konzerne weisen in vielen Fällen trotz hoher Gewinne niedrige Steuerquoten aus. Diese Steuervermeidung entsteht dadurch, dass die Unternehmen ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer verlagern. Diese Praktiken werden als „Steuerplanung“ bezeichnet und sind zwar formal legal, stehen aber mit der Absicht von Steuergesetzen oftmals im Widerspruch. Vor allem bedeuten sie hohe Ausfälle für die öffentlichen Kassen. Da die Steuervermeidung ein grenzüberschreitendes Problem ist, haben sich die großen Industriestaaten zu einem abgestimmten Vorgehen gegen Steueroasen verpflichtet.

Die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung deshalb in einem Entschließungsantrag aufgefordert, die internationalen Vorhaben zur Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung durch die Bundesregierung konsequent zu unterstützen und voranzutreiben. ■

Termine

03.05. Wer pflegt mich – Und wer bezahlt's? Detmold

06.05. Rentenpolitik: Spagat zwischen Gerechtigkeit und Demographie, Schwerin

06.05. Gute Arbeit – Für eine gute Wirtschaft, Wuppertal

07.05. Zukunftsforum: Mobilität in Deutschland, Duisburg

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 23. April 2013

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800